

beitsgesetzbücher verbieten es, schwangere Frauen mit Arbeiten zu beschäftigen, die die Gesundheit der werdenden Mutter bzw. des Kindes gefährden könnten. Gleichzeitig werden die Betriebe verpflichtet, schwangere Frauen und in der Regel auch stillende Mütter, die am bisherigen Arbeitsplatz nicht mehr beschäftigt werden können, mit einer leichteren oder geeigneteren Arbeit ohne Lohnminderung zu beschäftigen.

Die zeitliche Dauer dieses besonderen Schutzes ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestaltet. Anspruch auf den besonderen Schutz haben die Frauen in der Ungarischen Volksrepublik vom 4. Monat der Schwangerschaft bis zum 6. Monat nach der Geburt, in der Sozialistischen Republik Rumänien und in der Volksrepublik Polen nur während der Schwangerschaft, in der CSSR vom Beginn der Schwangerschaft bis zum 9. Monat nach der Entbindung und in der UdSSR vom Beginn der Schwangerschaft bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes.

Verbot der Nacht- und Überstundenarbeit

In allen sozialistischen Ländern ist für Schwangere und stillende Mütter Nachtarbeit und Überstundenarbeit auf Grund der damit verbundenen erhöhten Belastung der schwangeren Frau sowie der auftretenden Probleme bei der Betreuung und Pflege der Säuglinge verboten. Dieses Verbot gilt in der Regel vom Beginn der Schwangerschaft an. In der UdSSR dürfen darüber hinaus auch Frauen, die Kinder im Alter bis zu einem Jahr haben, nicht zu Überstunden- und Nachtarbeit herangezogen werden. Dieses Verbot gilt außerdem für Feiertagsarbeit und für die Anordnung von Dienstreisen. Ein Überstundenverweigerungsrecht haben in der UdSSR Frauen mit Kindern im Alter von einem bis zu acht Jahren. Diese Frauen können auch nur mit ihrem Einverständnis auf Dienstreise geschickt werden (Art. 69).

Das AGB der Volksrepublik Polen legt neben dem absoluten Verbot der Nacht- und Überstundenarbeit für schwangere Frauen fest, daß Frauen mit Kindern bis zu einem Jahr ohne ihr Einverständnis nicht für Überstunden- und Nachtarbeit herangezogen und auch nicht an einem anderen als ihrem ständigen Arbeitsplatz eingesetzt werden dürfen.

Auch im AGB der CSSR ist das Verbot der Überstunden- und Nachtarbeit auf Frauen mit Kindern unter einem Jahr ausgedehnt. Diese Frauen dürfen, ebenso wie Schwangere, nicht auf Dienstreise geschickt werden. Frauen mit Kindern unter acht Jahren können Dienstreisen ablehnen. Darüber hinaus kann in bestimmten Arbeitsbereichen das Verbot der Nachtarbeit auch für Mütter älterer Kinder (z. B. vom 3. bis 6. Lebensjahr) administrativ festgelegt werden.

Im AGB der Ungarischen Volksrepublik ist das Verbot der Nachtarbeit ebenfalls auf Mütter mit Kindern bis zu einem Jahr erweitert. Überstundenarbeit für Mütter mit Kindern bis zu sechs Jahren ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Gewährung von Schwangerschafts- und Wochenurlaub

In allen sozialistischen Ländern erhalten die Frauen — außer den staatlichen Geburtenbeihilfen — im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes vergüteten Schwangerschafts- und Wochenurlaub. Er beträgt in der CSSR 26 Wochen, in der Ungarischen Volksrepublik 20 Wochen, in der Volksrepublik Polen 16 Wochen bei der Geburt des ersten und 18 Wochen bei jedem weiteren Kind, in der UdSSR 16 Wochen und in der Sozialistischen Republik Rumänien ebenfalls 16 Wochen.

Eine interessante Regelung, die gleichzeitig den Wunsch zur Mehrkinderfamilie stimulieren soll, enthält der

Aus dem Alltag des Rechtsstaats der Monopole

Leeres Wort: des Armen Rechte!

„Wie sieht es aus, wenn einer, der kein Geld hat, vor einem BRD-Gericht sein Recht suchen will?“ Die BRD-Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ hielt es in ihrer Ausgabe vom 13. Februar 1976 für geboten, dieser Frage erneut nachzugehen. Denn es ist viel Wasser den Rhein hinabgeflossen, seit in Bonn davon die Rede war, man wolle künftig auch denen vom Rande der Gesellschaft Platz an der Sonne einräumen und sie der Segnungen der kapitalistischen Rechtsordnung teilhaftig werden lassen.

Inzwischen hat die verschärfte Krise den gesetzmäßigen Prozeß beschleunigt, der die Reichen reicher und die Armen ärmer werden läßt. Erheblichen zusätzlichen Profitbuchungen für die Leute von Bank und Börse auch und gerade in Zeiten der Rezession steht eine wachsende Zahl derjenigen gegenüber, die unterhalb des Existenzminimums ihr Dasein fristen müssen. Man registriert selbst regierungsamtlich, daß längst viele Hunderttausende auf Almosen der „öffentlichen Hand“ angewiesen sind.

Die „Welt der Arbeit“ interessierte sich in diesem Zusammenhang vor allem dafür, wie es heutzutage um das in der BRD geltende sog. Armenrecht bestellt ist. Das Blatt zitiert das Werturteil eines kompetenten Mannes, des Rechtsanwalts und BRD-Bundestagsabgeordneten Dr. Rudolf Schöfberger: „... ein Relikt öffentlicher Mildtätigkeit aus der Zeit der Armenhäuser.“ Der Münchener Jurist meint, der Mittellose werde wie eh und je von vornherein „zu einem Bittsteller in einem komplizierten, für ihn meist nicht durchschaubaren Verfahren herabgewürdigt“. Schon der Antrag auf ein Armutszeugnis sei eine Schwelle, vor der die meisten zurückscheuen — in einer Gesellschaft, in der der Werbeslogan „Haste was, biste was“ das Klima zutreffend charakterisiere.

„Wer arm ist, ist deshalb bereits so weit gedemütigt, daß er gar nicht erst um sein Recht nachsucht“, fügt die Gewerkschaftszeitung hinzu. Wer sich dennoch dazu entschließe und das Armenrecht bekomme, habe damit aber noch lange keinen Anwalt. Schöfberger: „Die meisten Anwälte rümpfen wegen der niedrigen und bei weitem nicht kostendeckenden Armenrechtsgebühren die Nase und weisen die Bittsteller ab, wenn es nur irgend geht.“ Und wenn der Bürger ohne Geld den Prozeß verliert, sei er erst recht der Dumme. Dann müsse er nämlich, obwohl ihm doch seine Armut höchst amtlich bestätigt worden sei, sämtliche Prozeßkosten tragen. Der Weg zum Recht wird zu einem teuflischen Kreislauf.

Das BRD-Justizministerium sieht die Dinge freilich aus naheliegenden Gründen in milderem Licht. Es verweist darauf, daß mittlerweile in einigen Städten und Gemeinden Rechtsauskunftsstellen als Modellversuche eingerichtet worden seien. Frühestens im nächsten Jahr werde es darüber einen Erfahrungsbericht geben. Erst wenn dieser Bericht vorliege, könne man weitersehen. „Welt der Arbeit“: „Es werden also wiederum viele Jahre ins Land gehen ...“

Am Kern der Dinge wird sich auch dann mit Sicherheit nichts ändern. Denn solange der Kapitalismus bestehen wird, bleiben die politische Verfassung und damit das Recht ihrem Wesen nach die Verfassung und das Recht des Privateigentums, das gerade dadurch existiert, daß es für Millionen nicht existiert. Und solange wird gelten: Leeres Wort: des Armen Rechte!

Ha. Lei.